Deutscher Bundestag **Drucksache 19/32132**

19. Wahlperiode 27.08.2021

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

29. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE vom 30. Juni 2021 bis 6. Juli 2021

Inhaltsverzeichnis

Seite

1 Zusammenfassung der Sitzungen der 29. Jahrestagung der OSZE PV 2

1.1 Sitzung des Ständigen Ausschusses 2

1.2 Plenarsitzung 3

2 Sitzungen der Ausschüsse 3

2.1 Sitzung des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit 3

2.2 Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt 4

2.3 Sitzung des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen 4

3 Dringlichkeitsfragen 5

4 Liste der Funktionsträger der OSZE PV 9

1 Zusammenfassung der Sitzungen der 29. Jahrestagung der OSZE PV

Die 29. Jahrestagung war die erste Konferenz der OSZE PV, die im Hybridformat abgehalten wurde. Die Ausschusssitzungen und die Plenarsitzung wurden online durchgeführt; der Ständige Ausschuss kam in Wien zu einer Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt der Jahrestagung standen die Wahlen der Funktionsträger der Versammlung, die aufgrund der Absage der Jahrestagung im Jahr 2020 wegen der COVID-19-Pandemie nicht durchgeführt werden konnten. Eine Generaldebatte fand nicht statt. Die sonst auf einer Jahrestagung übliche Verabschiedung einer Erklärung war nicht vorgesehen. Die Versammlung nahm drei Dringlichkeitsfragen zu den Themenkomplexen Antidiskriminierung/Toleranz, Ukraine-Krise und der Krise in Belarus an. In den drei allgemeinen Ausschüssen der OSZE PV wurden die Berichte der Berichterstatter erörtert.

An der 29. Jahrestagung nahmen an die dreihundert Parlamentarier aus den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Ländern der Kooperationspartnerschaften teil. An der Sitzung des Ständigen Ausschusses in Wien nahmen 36 von 57 Delegationsleitungen, insgesamt 51 Delegierte, teil. Der Deutsche Bundestag war mit elf Delegationsmitgliedern bei den Online-Sitzungen vertreten:

Abg. Doris Barnett (SPD), Leiterin der Delegation,

Abg. Alois Karl (CDU/CSU), stellv. Leiter der Delegation,

Abg. Jürgen Hardt (CDU/CSU),

Abg. Tankred Schipanski (CDU/CSU),

Abg. Dr. Daniela De Ridder (SPD),

Abg. Dirk Vöpel (SPD),

Abg. CHristoph Neumann (AfD),

Abg. Renata Alt (FDP),

Abg. Michael Georg Link (FDP),

Abg. Helin Evrim Sommer (DIE LINKE.),

Abg. Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Die Abgeordneten Doris Barnett, Georg Michael Link und Dr. Daniela De Ridder nahmen darüber hinaus an der physischen Sitzung des Ständigen Ausschusses in Wien teil.

Die Wahlen für die Funktionsträger der Versammlung wurden online durchgeführt. Der amtierende Präsident **Peter Lord Bowness** (Vereinigtes Königreich) führte die Versammlung seit November 2020 nach dem Ausscheiden von George Tsereteli aus dem georgischen Parlament. Er hatte bei Amtsantritt erklärt, auf der Jahrestagung nicht für das Amt des Präsidenten der OSZE PV zu kandidieren. Die Versammlung wählte die Vizepräsidentin **Margareta Cederfelt** (Schweden) zur neuen Präsidentin. Einzige Gegenkandidatin war **Kari Henriksen** (Norwegen). Als Vizepräsidenten wurden **Roger Wicker** (USA), **Pia Kauma** (Finnland), **Reinhold Lopatka** (Österreich), **Pascal Allizard** (Frankreich), **Dr. Daniela De Ridder** (Deutschland), **Askar Shakirov** (Kasachstan), **Irene Charambalides** (Zypern) und **Kristian Vigenin** (Bulgarien) gewählt. Im Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen wurde Abgeordneter **Michael Georg Link** zum stellvertretenden Vorsitzenden wiedergewählt. **Peter Juel-Jensen** (Dänemark) wurde als Schatzmeister wiedergewählt.

Zur Eröffnung sprach neben dem Präsidenten der OSZE PV als Ehrengast die amtierende Vorsitzende der OSZE und Außenministerin Schwedens, **Ann Linde**.

Die Versammlung nahm den Haushaltsentwurf für das Jahr 2021/2022 an. Der Haushalt wird ausschließlich über Mitgliedsbeiträge finanziert und beläuft sich auf insgesamt 4,09 Millionen Euro. Der deutsche Beitrag zum Haushalt beträgt bei einem Anteil von 9,35 Prozent am OSZE PV-Gesamthaushalt 382 815 Euro.

Der Leiter der Delegation des Vereinigten Königreichs, **Gareth Johnson**, lud die Delegierten der OSZE PV-Teilnehmerstaaten zur 30. Jahrestagung im Juli 2022 nach Birmingham (Vereinigtes Königreich) ein.

1.1 Sitzung des Ständigen Ausschusses

OSZE PV-Präsident **Peter Lord Bowness** (Vereinigtes Königreich) leitete die Sitzung und berichtete über seine Aktivitäten der letzten Monate. Er dankte den Delegierten für das in ihn gesetzte Vertrauen.

Der Ständige Ausschuss nahm den von Schatzmeister **Peter Juel-Jensen** vorgelegten Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2021/2022 an. Für Deutschland bedeutet dies eine Steigerung um 42 195 Euro (plus 12 Prozent) auf 382 815 Euro. Aufgrund der Rückerstattung durch die während der Pandemie nicht verausgabten Haushaltsmittel,

wird er nominell im kommenden Haushaltsjahr der Höhe des Beitrages aus dem Vorjahr (340 620 Euro) entsprechen.

Des Weiteren beriet der Ständige Ausschuss über die Zulassung von drei Dringlichkeitsfragen (Urgency Items):

„Die destabilisierende militärische Aufrüstung der Russischen Föderation nahe der Ukraine, in der vorübergehend besetzten Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol (Ukraine), dem Schwarzen Meer und dem Asowschen Meer“ (Hauptbefürworter: Herr **Mykyta Poturajew**, Ukraine),

„Der Zunahme von Hass, Intoleranz, Gewalt und Diskriminierung in der OSZE-Region begegnen“ (Hauptbefürworter: Herr **Benjamin Cardin**, USA) und

„Der allgemeine Umgang mit Andersdenkenden in Belarus“ (Hauptbefürworterin: Frau **Farah Karimi**, Niederlande).

Die Delegierten folgten mehrheitlich dem Votum des Präsidenten, die Dringlichkeitsfragen aufgrund fehlender Aktualität nicht zuzulassen. Nach der Geschäftsordnung müssen sich Dringlichkeitsfragen auf ein Ereignis beziehen, das nicht länger als zwei Wochen vor der Plenarsitzung stattfand.

Die nächste Wahlbeobachtung wird in der Russischen Föderation (15. bis 20. September 2021) stattfinden.

Die Herbsttagung, die auf Einladung des irischen Parlaments im Oktober 2021 stattfinden sollte, wurde aufgrund der COVID-19-Pandemie abgesagt.

1.2 Plenarsitzung

Die Plenarsitzung wurde vom amtierenden Präsidenten der OSZE PV, **Peter Lord Bowness** (Vereinigtes Königreich), geleitet. In seinen Worten an die Versammlung mahnte der Präsident, alle politischen Möglichkeiten zu bündeln, um die Arbeit der OSZE und die Umsetzung der Verpflichtungen zu unterstützen. Es sei in diesem Zusammenhang besonders wichtig, sich jeweils bei den nationalen Parlamenten und den nationalen Regierungen Gehör für die Belange der OSZE PV zu verschaffen und die Einhaltung der OSZE-Prinzipien anzumahnen. Die COVID-19-Krise habe die Notwendigkeit wachsam zu bleiben und den Parlamentarismus zu schützen, deutlich aufgezeigt. Abschließend rief er in seiner letzten Rede als Präsident der parlamentarischen Versammlung dazu auf, in naher Zukunft einen OSZE-Gipfel abzuhalten, um die Umsetzung der mit der OSZE PV-Mitgliedschaft eingegangenen Verpflichtungen voranzutreiben und durchzusetzen.

Die amtierende Vorsitzende der OSZE und Außenministerin Schwedens, **Ann Linde**, hob die wichtigen Beiträge und die besondere Rolle hervor, die die Versammlung zur Umsetzung der gemeinsamen Verpflichtungen der OSZE leiste.

Dringlichkeitsfragen, die vom Ständigen Ausschuss nicht zur Behandlung im Plenum zugelassen wurden, können von den Antragstellern entsprechend der Geschäftsordnung dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt werden. Alle drei Antragsteller nutzten diese Möglichkeit und erreichten im Plenum das notwendige Quorum zur Aufsetzung von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen und wurden mit Mehrheit angenommen. Die russische Delegation protestierte gegen die Auslegung der Geschäftsordnung bezüglich des Quorums und beharrte darauf, das zwei Drittel der Mitglieder zustimmen müssten, anstatt zwei Drittel der abgegebenen Stimmen zu Grunde zu legen. Präsident **Peter Lord Bowness** (Vereinigtes Königreich) hatte im Vorfeld der Jahrestagung seine Auslegung der Geschäftsordnung bezüglich des Quorums in einer Sitzung des Vorstandes im Juni 2021 dargelegt. Der Vorstand hatte dem zugestimmt. Die russische und belarussische Delegation verließen nach der Annahme der Dringlichkeitsfragen unter Protest die Versammlung.

Aufgrund der zeitintensiven Abstimmung über die Dringlichkeitsfragen entfiel die Generaldebatte.

Nach ihrer Wahl zur Präsidentin versprach **Margareta Cederfelt** (Schweden), allen Teilnehmerstaaten gleichermaßen dienen zu wollen und sich für die Prinzipien der OSZE wie Verantwortlichkeit, Inklusion und Respekt einzusetzen. Sie hob Menschenrechte, Demokratie und Klimawandel als einige Schwerpunkte ihrer Tätigkeit als neugewählte Präsidentin hervor.

2 Sitzungen der Ausschüsse

2.1 Sitzung des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit

Der Ausschuss für politische Angelegenheiten und Sicherheit tagte unter der Leitung des Vorsitzenden **Richard Hudson** (USA). Berichterstatter **Laurynas Kasciunas** (Litauen) präsentierte seinen Bericht, der anschließend von den Delegierten lebhaft debattiert wurde. Insbesondere wurde hierbei die Notwendigkeit der friedlichen Konfliktbeilegung im OSZE-Raum durch offene Dialoge betont. Die drängendsten Konflikte in der Region seien nach wie

vor der Ukraine-Konflikt, der Bergkarabach- und der Georgienkonflikt sowie der Zypern-Konflikt. Viele Delegierte haben der russischen Föderation aggressives Verhalten und die Einmischung in Wahlen und Gesundheitssysteme durch Cyberangriffe vorgeworfen. In der Debatte wurde die Einhaltung der UN-Grundprinzipien und Verpflichtungen aus der OSZE-Schlussakte durch die OSZE-Teilnehmerstaaten angemahnt. Auch die Notwendigkeit der weiteren Terrorbekämpfung wurde von vielen Delegierten angesprochen. Die kanadische Delegation wies auf die besondere Wichtigkeit der stärkeren Kontrolle des Waffenhandels hin. Abgeordnete **Dr. Daniela De Ridder** forderte von den Teilnehmerstaaten, das Demonstrationsrecht und den Schutz der Menschenrechte zu achten sowie politische Gefangene in Belarus freizulassen. Ebenso rief sie zur Einhaltung des Waffenstillstands an der Kontaktlinie in der Ostukraine auf und warb für eine Stärkung des Multilateralismus zur Lösung von Konflikten und die Förderung nachhaltiger politischer Entwicklung.

2.2 Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Der Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt tagte unter der Leitung der Abgeordneten **Doris Barnett**. Auf der Tagesordnung stand der Bericht der Berichterstatterin **Elona Hoxha Gjebrea** (Albanien) mit anschließender Debatte. Die Berichterstatterin betonte die Notwendigkeit der multilateralen Zusammenarbeit als unverzichtbare Strategie zur Sicherung von Frieden und Freiheit und um den massiven wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie zu begegnen. Voraussetzung für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sei die Lösung der langfristigen Konflikte im OSZE-Raum. Sie wies auf bestehende Herausforderungen zur Verbesserung der Cybersicherheit hin und bezeichnete die COVID-19-Pandemie und deren Auswirkungen als transnationale Bedrohung. Abgeordnete **Doris Barnett** betonte in der Debatte die Notwendigkeit der kollektiven Zusammenarbeit, um Korruption, Geldwäsche und Terrorfinanzierung zu bekämpfen. Darüber hinaus plädierte sie für nachhaltige und ausgewogene Entwicklungsstrategien und mahnte einen gerechten Zugang zu Covid-19-Impfungen an. Sie sprach sich für eine schnellere Energiewende und verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien aus. Darüber hinaus wurde in der Debatte die Stärkung der Rolle der Frau in der Wirtschaft, insbesondere im Gesundheitswesen, erörtert. Es wurden Strategien gefordert, um dem von der COVID-19-Pandemie verursachten wirtschaftlichen Abschwung zu begegnen und eine wirtschaftliche Erholung zu fördern.

2.3 Sitzung des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Der Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen tagte unter der Leitung des Vorsitzenden **Kyriakos Hadjiyianni** (Zypern). Berichterstatterin **Kari Henriksen** (Norwegen) präsentierte ihren Bericht und beschrieb unter anderem die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf verschiedene Bevölkerungsgruppen und die Bedeutung der internationalen multilateralen Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Pandemiefolgen. Die Pandemie habe zu einer Zunahme des Autoritarismus und zur massiven Einschränkung von Menschenrechten sowie der Medien- und Pressefreiheit geführt. Der Zugang zu neutralen und gesicherten Informationen habe abgenommen; Fälle von häuslicher Gewalt, insbesondere gegen Frauen, sowie Hassrede gegenüber Flüchtlingen und Migranten, zugenommen. Die Berichterstatterin betonte die Notwendigkeit zur konzertierten Bekämpfung dieser Entwicklungen und forderte mehr Solidarität in Krisenzeiten. Der Schutz der Menschenrechte, besonders in den Konfliktgebieten wie der Ost-Ukraine, dem Donbas und der Bergkarabach-Region, müsse gewährleistet werden. In der Debatte wurde von mehreren Delegierten ein Recht auf Gesundheitsversorgung gefordert. Zudem hoben zahlreiche Delegierte die Bedeutung der multilateralen Zusammenarbeit hervor und forderten eine gerechte Verteilung von Impfstoffen in den Entwicklungsländern. Zur Beilegung von Krisen und Konflikten wurde ein offener Dialog angemahnt. Abgeordneter **Michael Georg Link** hob in seinem Wortbeitrag besonders die Bedeutung der Wahlbeobachtungen in Pandemie-Zeiten hervor.

Berlin, den 24. August 2021

Doris Barnett
Leiterin der Delegation

3 Dringlichkeitsfragen

3.1 Dringlichkeitsfrage nach Artikel 26

Original: Englisch

ENTSCHLIESSUNG

„Die destabilisierende militärische Aufrüstung der Russischen Föderation nahe der Ukraine, in der vorübergehend besetzten Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol (Ukraine), dem Schwarzen Meer und dem Asowschen Meer“

Hauptbefürworter: Herr Mykyta Poturajew (Ukraine)

1. Unter Hinweis auf die Entschließungen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE über eindeutige, grobe und nicht behobene Verstöße der Russischen Föderation gegen Prinzipien der Schlussakte von Helsinki (2014), über die Fortsetzung eindeutiger, grober und nicht behobener Verstöße der Russischen Föderation gegen OSZE-Verpflichtungen und internationale Normen (2015), über das Festhalten an den Helsinki-Prinzipien in den zwischenstaatlichen Beziehungen im gesamten OSZE-Raum (2015), über Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol (2016), über die Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine (2017), über anhaltende Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol (Ukraine) (2018), über die Militarisierung der vorübergehend besetzten Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol (Ukraine), des Schwarzen Meeres und des Asowschen Meeres durch die Russische Föderation (2019),
2. unter Berücksichtigung der Resolution 68/262 der VN-Generalversammlung vom 27. März 2014 „Territoriale Unversehrtheit der Ukraine“, der Resolutionen der VN-Generalversammlung 71/205 vom 19. Dezember 2016, 72/190 vom 19. Dezember 2017, 73/263 vom 22. Dezember 2018, 74/168 vom 18. Dezember 2019, 75/192 vom 16. Dezember 2020 über die Menschenrechtssituation in der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol (Ukraine) und der Resolutionen der VN-Generalversammlung 73/194 vom 17. Dezember 2018, 74/17 vom 9. Dezember 2019, 75/29 vom 7. Dezember 2020 über das Problem der Militarisierung der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol (Ukraine) sowie von Teilen des Schwarzen Meeres und des Asowschen Meeres,
3. zutiefst besorgt über die von der Russischen Föderation im April 2021 durchgeführten unangekündigten groß angelegten Militärübungen nahe der ukrainischen Grenze in einer Weise, die dem Buchstaben und Geist des Wiener Dokuments von 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zuwiderläuft, begleitet von einer aggressiven Rhetorik und Eskalation der Gewalt im Konfliktgebiet im Osten der Ukraine, und über den nur teilweise erfolgten Abzug von Soldaten und militärischem Gerät nach den Militärübungen,
4. besorgt über die zahlreichen bewaffneten Provokationen der von Russland gestützten illegalen bewaffneten Verbände, deren Anzahl sich – wie die Berichte der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine bestätigen – in den letzten Wochen entlang der gesamten Kontaktlinie in den ukrainischen Regionen Donezk und Lugansk rasant erhöht hat, wodurch die Sicherheit der Zivilbevölkerung in den Konfliktgebieten gefährdet wird,
5. unter Verurteilung der vorübergehenden Besetzung der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation und der massiven militärischen Aufrüstung auf der besetzten Halbinsel und um sie herum, darunter die Verlegung nuklearfähiger Flugzeuge und Raketen und die Durchführung von Militärübungen im April 2021, was mit einer Umstationierung zusätzlicher Truppen, Waffen und militärischen Geräts der Streitkräfte der Russischen Föderation verbunden war, und unter Verurteilung der fortgesetzten völkerrechtswidrigen Anwerbungs- und Einziehungskampagnen auf der besetzten Halbinsel,
6. besorgt über die zunehmenden militärischen Aktivitäten der Russischen Föderation im Schwarzen Meer, im Asowschen Meer und in der Straße von Kertsch, darunter die zusätzlich verlegten Kriegsschiffe seiner Nordmeer-Flotte und Kaspischen Flottille, und über die Behinderung der rechtmäßigen Ausübung der Rechte und Freiheiten der Schifffahrt gemäß dem geltenden Völkerrecht,

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE:

7. fordert die Russische Föderation nachdrücklich auf, die illegale Besetzung der Krim rückgängig zu machen, ihre Truppen, Waffen und militärisches Gerät, die ohne Zustimmung des Aufnahmestaats auf der Halbinsel stationiert wurden, abzuziehen und die fortgesetzten Anwerbungs- und Einziehungskampagnen auf der besetzten Halbinsel zu beenden, und betont in diesem Zusammenhang die dringende Notwendigkeit eines unverzüglichen Rückzugs aller zusätzlichen Truppen, Waffen, militärischen Geräts und Kriegsschiffen, die nach den groß angelegten Militärübungen der Russischen Föderation im April 2021 auf die Krim und in deren Hoheitsgewässer verlegt wurden;
8. fordert die Russische Föderation dazu auf, ihre Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument 2011 nach Treu und Glauben zu erfüllen, insbesondere angesichts der bevorstehenden groß angelegten Militärübung ZAPAD-2021, und im Einklang mit dem von der Ukraine geltend gemachten Kapitel III (Risikoverminderungsmechanismen) des Wiener Dokuments 2011 zu handeln, indem sie zu ihren im April 2021 stattgefundenen Militärübungen die erforderlichen Transparenzmaßnahmen durchführt;
9. fordert die Russische Föderation dazu auf, alle Beschränkungen der Freiheit der Schifffahrt im Schwarzen Meer, im Asowschen Meer und durch die Straße von Kertsch aufzuheben und ihre Entscheidung, für bestimmte Teile des Schwarzen Meeres, einschließlich der Zufahrten zur Straße von Kertsch, Einschränkungen zu verhängen, gemäß dem geltenden Völkerrecht, insbesondere den Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982, unverzüglich zurückzunehmen;
10. unterstützt und tritt nachdrücklich ein für die Anwendung aller OSZE-Instrumente und -Prozesse, insbesondere der Sonderbeobachtungsmission, deren Mandat schließlich das gesamte Staatsgebiet der Ukraine abdeckt, um die Sicherheitslage in der vorübergehend besetzten Krim (Ukraine), darunter auch die rechtswidrigen militärischen Aktivitäten und Einziehungskampagnen und die Behinderung des Zugangs zu ukrainischen Häfen im Asowschen Meer und der Schwarzmeerregion genau zu überwachen und regelmäßig darüber zu berichten.

3.2 Dringlichkeitsfrage nach Artikel 26

Original: Englisch

ENTSCHLIESSUNG

Der Zunahme von Hass, Intoleranz, Gewalt und Diskriminierung in der OSZE-Region begegnen

Hauptbefürworter: Herr Benjamin Cardin (Vereinigte Staaten von Amerika)

1. Zutiefst beunruhigt über die jüngste Eskalation antisemitischer Vorfälle, Angriffe auf Personen asiatischer Abstammung, antimuslimische Vorfälle und den gegen Menschen afrikanischer Abstammung und andere gerichteten strukturellen Rassismus sowie die während der Pandemie aufgekommenen Verschwörungstheorien, die sich gegen verschiedene benachteiligte Bevölkerungsgruppen in der gesamten OSZE-Region richten,
2. unter Betonung, dass ein sofortiges Handeln dringend geboten ist, um einem weiteren Anstieg der durch Hass motivierten Gewalt, Diskriminierung und Voreingenommenheit in der OSZE-Region Einhalt zu gebieten, namentlich durch die Verabschiedung eines Aktionsplans zur Bekämpfung der zugrundeliegenden Ursachen,
3. unter nachdrücklichem Hinweis darauf, dass die Teilnehmerstaaten der OSZE zahlreiche Verpflichtungen eingegangen sind, um Vorurteilen, Diskriminierung und Extremismus vorzubeugen und dagegen vorzugehen, unter anderem Verpflichtungen in den Bereichen Toleranz und Nichtdiskriminierung, Religions- und Glaubensfreiheit, nationale Minderheiten, Roma und Sinti, Migranten, Gender, Jugend und Rechtsstaatlichkeit,

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE:

4. verurteilt die Bekundungen von Hass und Intoleranz, die unlängst in den Teilnehmerstaaten stattgefunden haben;
5. sagt zu, die laufenden Anstrengungen der Versammlung zur Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz in der OSZE-Region zu intensivieren, unter anderem durch die Unterstützung des Kompetenzaufbaus bei politisch und anderweitig Verantwortlichen, um Intoleranz und Diskriminierung zu begegnen, und Gerechtigkeit und Inklusion zu fördern;
6. fordert die Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, umgehend einen OSZE-Aktionsplan gegen Diskriminierung, für Gerechtigkeit und für Inklusion anzunehmen, der unter anderem Folgendes umfasst:
   - Kompetenzaufbau bei den Strafverfolgungsbehörden, einschließlich der Polizei, zur Bekämpfung von Diskriminierung (einschließlich des „Profiling“) und gewaltbereitem Extremismus, zur Stärkung der Beziehungen zu benachteiligten Bevölkerungsgruppen und zur Förderung vielfältiger und inklusiver Belegschaften;
   - Kompetenzaufbau bei der OSZE und den Regierungen, um Vorurteilen und Diskriminierung im öffentlichen und privaten Sektor vorzubeugen und zu begegnen, unter anderem durch die Bekämpfung des institutionellen Rassismus und des weiterhin bestehenden Einflusses historischer Ungerechtigkeiten auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen, und durch die Einführung von Gerechtigkeits- und Inklusionsstrategien, einschließlich der Heranziehung der Arbeit des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) und der *Leitlinien von Ljubljana zur Integration heterogener Gesellschaften*, sowie durch die Steigerung der Vielfalt in den OSZE-Büros des amtierenden Vorsitzes, des Generalsekretariats, des Sekretariats, des BDIMR, des HKNM und der Feldmissionen;
   - Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Anstrengungen zur Bekämpfung von Vorurteilen, Diskriminierung und Extremismus und Förderung von Gerechtigkeit und Inklusion, einschließlich der Unterstützung des BDIMR-Projekts *Turning words into action to address anti-Semitism*, das sich auf die Sicherheitsbedürfnisse jüdischer Gemeinschaften, die Bekämpfung von Antisemitismus durch Bildung und die Förderung zivilgesellschaftlicher Bündnisbildung gegen jede Form von Voreingenommenheit oder Diskriminierung konzentriert.

3.3 Dringlichkeitsfrage nach Artikel 26

Original: Englisch

ENTSCHLIESSUNG

Der allgemeine Umgang mit Andersdenkenden in Belarus

Hauptbefürworterin: Frau Farah Karimi (Niederlande)

1. Unter Würdigung der aktiven Beteiligung der belarussischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE,
2. in Anerkennung der erfolgreichen Jahrestagung, die 2017 von der Nationalversammlung der Republik Belarus ausgerichtet wurde,
3. mit Bedauern über die aktuell (Mitte Juni 2021) stattfindende Unterdrückung Andersdenkender in Belarus,
4. besorgt über die Aushöhlung des Rechts auf friedliche Versammlung und die Medienfreiheit im Land,
5. zutiefst besorgt über die menschenrechtliche Situation vieler Menschen, die festgenommen, geschlagen und inhaftiert wurden oder aus dem Land geflohen sind,

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE:

6. fordert die Parlamentarier und Behörden in Belarus nachdrücklich auf, die Restriktionen in Bezug auf friedliche Massenveranstaltungen und die Medienfreiheit zu überdenken;
7. fordert die belarussischen Behörden auf, sicherzustellen, dass die Rechtsvorschriften des Landes in vollem Einklang mit den internationalen Menschenrechtsverpflichtungen stehen;

8. fordert die belarussischen Behörden ferner auf, ihren allgemeinen Umgang mit Andersdenkenden in ihrem Land zu überdenken, ihre Repressionsmaßnahmen zu beenden, alle politischen Gefangenen freizulassen, auf die Opposition zuzugehen und die Durchführung freier und fairer Wahlen mit Beobachtern der OSZE zu ermöglichen.

4 Liste der Funktionsträger der OSZE PV

Mitglieder des Präsidiums der parlamentarischen Versammlung der OSZE

Name	Land	Funktion	Seit	Zeitraum
Frau Margareta Cederfelt	Schweden	Präsidentin	2021	Bis Ende Tagung 2022
Herr Azay Guliyev	Aserbaidschan	Vizepräsident	2016	Bis Ende Tagung 2022
Frau Irene Charambalides	Zypern	Vizepräsidentin	2021	Bis Ende Tagung 2022
Herr Kristian Vigenin	Bulgarien	Vizepräsident	2018	Bis Ende Tagung 2022
Herr Pascal Allizard	Frankreich	Vizepräsident	2018	Bis Ende Tagung 2023
Frau Dr. Daniela De Ridder	Deutschland	Vizepräsidentin	2021	Bis Ende Tagung 2023
Herr Askar Shakirov	Kasachstan	Vizepräsident	2021	Bis Ende Tagung 2023
Herr Roger Wicker	USA	Vizepräsident	2017	Bis Ende Tagung 2024
Frau Pia Kauma	Finnland	Vizepräsidentin	2021	Bis Ende Tagung 2024
Herr Reinhold Lopatka	Österreich	Vizepräsident	2021	Bis Ende Tagung 2024
Herr Peter Juel-Jensen	Dänemark	Schatzmeister	2019	Bis Ende Tagung 2023
Herr Illka Kanerva	Finnland	Präsident Emeritus	2016	Bis Ende Tagung 2022

Vorsitzende der Allgemeinen Ausschüsse

1. Allgemeiner Ausschuss für politische Angelegenheiten und Sicherheit

Name	Land	Funktion
Herr Richard Hudson	USA	Vorsitzender
Herr Costel Neculai Dunava	Rumänien	Stellvertretender Vorsitzender
Herr Laurynas Kasciunas	Litauen	Berichterstatter

2. Allgemeiner Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Name	Land	Funktion
Herr Pere Joan Pons	Spanien	Vorsitzender
Herr Artur Gerasymov	Ukraine	Stellvertretender Vorsitzender
Frau Gudrun Kugler	Österreich	Berichterstatterin

3. Allgemeiner Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und Humanitäre Fragen

Name	Land	Funktion
Frau Sereine Mauborgne	Frankreich	Vorsitzende
Herr Michael Georg Link	Deutschland	Stellvertretender Vorsitzender
Herr Johan Büser	Schweden	Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333